

gen, Informationen der Vereinten Nationen sowie Berichten nichtstaatlicher Organisationen angefertigt. Da ihn die meisten Informationen über durchgeführte Hinrichtungen erst im November 1983 erreichten und die betroffenen Regierungen auf mehr Zeit zur Aufklärung des Sachverhalts bestanden, sah der Sonderbeauftragte vorerst von einer namentlichen Bekanntgabe der betroffenen Staaten ab.

Nicht nur Informationen über schon vollzogene, sondern auch über bevorstehende Exekutionen — namentlich in Bangladesch, Belize, Chile, Ghana, Guatemala, Irak, Iran, Libyen, Malawi und Sri Lanka — wurden dem Sonderberichterstatter unterbreitet, der daraufhin umgehend die betreffenden Regierungen zur Respektierung der Menschenrechte aufforderte. Guatemala antwortete, es habe die Vollstreckung der kritisierten Todesurteile ausgesetzt. Sri Lanka betonte, die kürzlichen Terroranschläge extremistischer Gruppen hätten zwar Todesopfer gekostet, zu schnellgerichtlichen Hinrichtungen sei es jedoch nicht gekommen. Belize teilte mit, es seien zwar zwei Personen hingerichtet worden, sie seien vorher aber in einem fairen Gerichtsprozeß wegen Mordes verurteilt worden. Der Irak begründete die Exekution von sechs Personen damit, diese seien gerichtlich wegen Hochverrat und Subversion verurteilt worden. Von den übrigen Regierungen erhielt der Sonderbeauftragte keine Stellungnahme.

Die Todesstrafe wird in den meisten Ländern, wenn nicht ohnehin abgeschafft, nur noch wegen schwerster Verbrechen (Mord, bewaffneter Raub etc.) oder politischer Delikte wie Hochverrat verhängt. Vereinzelt werden aber auch Drogendelikte, Sexualstraftaten und Mitgliedschaft in bestimmten politischen oder religiösen Gruppen mit dem Tode bestraft.

Die Unabhängigkeit des Richters als elementare Voraussetzung für einen fairen, an rechtsstaatlichen Prinzipien ausgerichteten Prozeß wird in vielen Ländern durch die Verfassung garantiert. Bedenklich erscheint allerdings, daß einige Länder Sondergerichte zur Aburteilung bestimmter (meist politischer) Verbrechen eingerichtet haben; auch die Ausweitung der Kompetenzen der Militärgerichte gibt Grund zur Besorgnis. In Notstandszeiten können in einigen Ländern unumschränkt Verhaftungen vorgenommen werden, soweit dies zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung notwendig erscheint.

Aus dem ihm zur Verfügung stehenden Material konnte der Sonderberichterstatter ableiten, daß bestimmte politische Konstellationen typischerweise zu Willkürakten wie schnellgerichtlichen Hinrichtungen führen, nämlich insbesondere politisch motivierte Aufstände, interne bewaffnete Konflikte, Unterdrückung oppositioneller Gruppen oder Einzelpersonen sowie staatlicher Machtmißbrauch. Gemeinsam ist diesen Situationen, daß das Land in seiner demokratischen Entwicklung gestört oder eine solche überhaupt nicht angestrebt wurde. Oft geht willkürlichen Hinrichtungen auch eine gewaltsame Änderung der Machtstruktur — etwa durch einen Staatsstreich —, die Verhängung des Ausnahmezustandes oder eine extreme Sicherheitsgesetzgebung voraus. Manchmal entwickeln auch auf friedlichem Wege an die Macht gekommene Regierungen diktatorische Tendenzen, die dann zwangsläufig zur

Unterdrückung Andersdenkender führen. Regelmäßige Begleiterscheinung ist eine Störung des Systems gegenseitiger Kontrolle der Gewalten zugunsten einer Vormachtstellung der Exekutive. Geheimpolizei, paramilitärische Gruppen und sogenannte Todesschwadronen tragen das ihre zum Niedergang demokratischer Ordnung bei. Das Problem willkürlicher und schnellgerichtlicher Hinrichtungen ist aber auch vor einem wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund zu sehen. Großer Reichtum in der Hand einiger Großgrundbesitzer, extreme Armut auf der anderen Seite; rassistische, ethnische oder religiöse Diskriminierung — dies ist das Umfeld, in dem Willkürakte möglich werden. Als besorgniserregende Entwicklung bezeichnet es der Sonderberichterstatter, daß zunehmend willkürliche Hinrichtungen nicht mehr nur aus politischen Gründen, sondern zur Drosselung steigender Kriminalitätsraten veranlaßt werden.

Nur vereinte Anstrengungen auf internationaler Ebene, konzertierte Aktionen von Regierungen, Sonder- und Regionalorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen sowie der breiten Öffentlichkeit könnten, so der Sonderberichterstatter, das Problem beseitigen.

Martina Palm □

Entkolonisierung und Treuhandfragen

Namibia-Projekt: Kooperation Bremen-Lusaka — Unterrichtswerke auf internationalem Symposium vorgestellt (39)

(Vgl. auch den Beitrag des Verfassers: »Politische Landeskunde Namibias«. Ein Gemeinschaftsprojekt des Namibia-Instituts der Vereinten Nationen in Lusaka mit der Universität Bremen, VN 1/1982 S.18 ff.)

I. Das Projekt »Politische Landeskunde Namibias« hat im April dieses Jahres seine ersten Ergebnisse fertiggestellt und der Öffentlichkeit vorgelegt. Wie mit dem Projektpartner der Universität Bremen, dem in Lusaka ansässigen Namibia-Institut der Vereinten Nationen (Abteilung für Soziales und Erziehung) vereinbart, wurde die erste Phase des Projekts mit der Vorlage zweier Schulbücher abgeschlossen. Das eine, »Our Namibia. A Social Studies Textbook«, wird vornehmlich in den namibischen Exilschulen in Angola und Sambia, aber auch in Kuba und, sobald es der Lehrbetrieb erlaubt, in Kongo eingesetzt werden. Zielgruppe des Buches ist die obere Primar- und untere Sekundarstufe. Das deutsche Gegenstück trägt den Titel »Lernbuch Namibia« und ist vor allem auf die Klassen der Sekundarstufe I bundesdeutscher Schulen ausgerichtet. Die Erstauflage beider Bücher wurde beim deutschen Zweig der internationalen Kinderhilfsaktion »terre des hommes« hergestellt; »terre des hommes« war im übrigen der maßgebliche finanzielle Förderer der ersten Projektphase und trägt auch zur Finanzierung der weiteren Phase bei. Das »Lernbuch Namibia« ist mittlerweile bereits in zweiter Auflage im Peter-Hammer-Verlag erschienen.

Beide Bücher verstehen sich als die verschiedensten sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfelder integrierende Unterrichtsmaterialien. Dies bedeutet insbesondere für das

deutsche »Lernbuch Namibia«, daß es nach Maßgabe der in den jeweiligen Curricula vorgesehenen Bereiche in Geschichte, Geographie, Sozial- und Gemeinschaftskunde, aber auch Religionskunde eingesetzt werden kann. Im übrigen unterscheiden sich die beiden Bücher erheblich nach Anlage, Inhalt und Gestaltung. Im wesentlichen waren hierfür die unterschiedlichen Verwendungsziele maßgebend: Während das Buch für namibische Schüler den für diese zentralen Gegenstand Namibia durchgängig behandeln konnte, mußte für das »Lernbuch Namibia« nach spezifischen Ansatzpunkten gesucht werden, die es erlauben, den deutschen Schüler an das Thema Namibia heranzuführen.

Dabei mußte auch stärker, als dies für »Our Namibia« notwendig war, der im Verlauf der Projektarbeit herausgearbeitete Gesichtspunkt der »doppelten Entkolonisierung« genutzt werden. Für den namibischen Schüler ist Entkolonisierung das unmittelbare, durch nichts zu relativierende Ziel, für das sich Lernen mit den diplomatischen wie auch militärischen Anstrengungen für die Unabhängigkeit Namibias verbindet. Gemessen an diesem unmittelbaren Ziel ist die Lernaufgabe, Entkolonisierung bereits auf die gesellschaftliche Gestaltung nach der (formalen) Unabhängigkeit zu beziehen, zwar nicht nebenrangig, doch wird sie gleichwohl gewissermaßen vom übergreifenden politischen Nahziel überschattet. Für den deutschen Schüler dagegen mag das namibische Zentralziel der politischen Unabhängigkeit ebenfalls wichtiges Politikum sein; es genügt jedoch nicht, um das Besondere einer Beschäftigung gerade mit Namibia unterrichtswirksam zu erschließen. Hier muß bewußt der Gang durch die eigene Geschichte gemacht werden, hier muß der Anteil deutlich werden, den Deutschland zu Unterdrückung und Leid in Namibia beigetragen hat, hier muß schließlich im aktuellen Bezug zur gegenwärtigen Lage die inhaltliche wie die emotionale Brücke von hier nach dort wie von dort nach hier geschlagen werden.

Inwieweit es den namibischen und deutschen Mitarbeitern am Projekt »Politische Landeskunde Namibias« gelungen ist, die für die jeweiligen Zielgruppen relevanten Themen unterrichtswirksam zu fassen, wird die Praxis erweisen müssen. »Our Namibia« ist bis auf wenige Exemplare der gedruckten Auflage an die einzelnen Bestimmungsorte abgesandt worden; im Rahmen der Fortsetzung des Projektes wird es ein erster wichtiger Arbeitsschritt sein, den Nutzen des Buches für die namibischen Exilschulen zu überprüfen. Entsprechend wird auch für das »Lernbuch Namibia« zu verfahren sein, das insbesondere über die Vermittlung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft den behördlich gebilligten Weg in zahlreiche Schulen gefunden hat. Dies gilt vorerst hauptsächlich für die Schulen Bremens; der zuständige Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst hat zum »Lernbuch Namibia« ein eigenes Ergänzungsheft herausgebracht, in dem er einige Problempunkte herausgreift, die nach seiner Ansicht einer zusätzlichen Erläuterung bedürfen.

II. Dank der Unterstützung durch »terre des hommes« und das Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung hatte das Projekt »Politische Landeskunde Namibias« die Vorstellung der beiden Projektergebnisse in den Rahmen eines interna-

tionalen Symposiums einbringen können, das zusammen mit den Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika), SWAPO (Namibia) und POLISARIO (West-Sahara) unter dem Titel ›Bildung zur Befreiung‹ (Education for Liberation) vom 24. bis 27. April 1984 im Übersee-Museum Bremen stattgefunden hat. Das Symposium war bewußt so breit angelegt worden, weil gerade die Erfahrung in der Arbeit des Projektes ›Politische Landeskunde Namibias‹ gezeigt hat, wie sehr ein übergreifender Erfahrungsaustausch zwischen entsprechend gelagerten Feldern (Erziehung in den Lagern der südafrikanischen Flüchtlinge, Erziehung in den Lagern der Sahrauis) nützlich ist. Neben Bildungspolitikern und Erziehungspraktikern der drei Befreiungsbewegungen nahmen an dem Symposium zahlreiche Erziehungswissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland teil, so Professor Goldschmidt vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und Professor Dias vom Lehrstuhl Pädagogik für die Dritte Welt der Universität Frankfurt. Die Anwesenheit politischer Repräsentanten unterstrich die Bedeutung des Symposiums: der Botschafter Äthiopiens in der Bundesrepublik Deutschland für die Organisation der Afrikanischen Einheit, ein Vertreter der Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie ein Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat das Symposium maßgeblich unterstützt.

Nach zwei breitangelegten Podiumsdiskussionen, die die übergreifende Thematik ›Bildung zur Befreiung‹ aus verschiedenen Perspektiven behandelten, wurde in zwei Arbeitsgruppen eine Fülle der praxisrelevanten Einzelprobleme behandelt und im Hinblick auf die Fortsetzung der Arbeit diskutiert. III. Das Projekt ›Politische Landeskunde Namibia‹ hat in der Zwischenzeit die Arbeit in einer zweiten Phase aufgenommen. Dies war möglich, nachdem insbesondere neben ›terre des hommes‹ und dem Bremer Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit beim Senator für Wirtschaft und Außenhandel die EG-Kommission einen erheblichen Teil der Projektkosten übernommen hatte. Inhaltlich wird es darum gehen, am Ergebnis der ersten Phase des Projekts anzusetzen: Das wiederum für ›hier‹ wie ›dort‹ zu gestaltende Projektergebnis wird sich auf die Altersstufen beziehen, die auf die Zielgruppen von ›Our Namibia‹ und ›Lernbuch Namibia‹ folgen.

Manfred O. Hinz □

Verschiedenes

Senegal-Projekt: Partnerschaften des DGVN-Landesverbandes Berlin mit drei Dörfern am Rande des Sahel — Neue Form entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit (40)

Seit vier Jahren unterstützt der Landesverband Berlin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen drei Dörfer in der Diourbel-Region des Senegal, rund 200 km westlich von Dakar am Rande der Sahelzone, durch Spendenmittel zur Unterstützung der Schulen, der Frauengruppen und Krankenstationen. Während der Osterferien werden regelmäßig Studienfahrten mit acht bis zwölf Teilnehmern, zumeist Lehrern, veranstaltet: Ein intensives Seminarprogramm in

Dakar wird kombiniert mit einem rund einwöchigen Aufenthalt in den Dörfern. Vor der Studienfahrt werden Wochenendseminare durchgeführt, auf denen unter anderem die Aufgaben und die Struktur des Systems der Vereinten Nationen — vor allem im entwicklungspolitischen Bereich — erläutert werden. Nach den Studienreisen arbeiten die Teilnehmer in verschiedenen Arbeitskreisen mit, um in Berliner Schulen und in der allgemeinen Öffentlichkeit für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu werben. — Dies ist, kurzgefaßt, die Beschreibung des *Senegal-Projekts* des Landesverbandes Berlin. Es wird übrigens in Zusammenarbeit mit der senegalesischen Schwesterngesellschaft, der ›Association Sénégalaise pour les Nations Unies‹, durchgeführt. Nachfolgend bilanziert einer der Initiatoren des Projekts die bisherigen Erfahrungen.

Herkömmliche Austauschprogramme und heutige Erfordernisse

Ist dies nun ein traditionelles (und darüber hinaus kleines) Projekt entlang den ausgetretenen Pfaden der politischen Erwachsenenbildung?

Ja, es ist ›traditionell‹ insofern, als wir glauben (und aus eigener Erfahrung wissen), daß persönliche Erfahrungen und Erlebnisse, Bekanntschaften und Freundschaften mit Menschen aus ›fremden‹, womöglich gar ›feindlichen‹ Ländern und Kulturen uns helfen können, die ›anderen‹ mit mehr Verständnis und Mitgefühl und uns selbst mit größerer Distanz und Selbstkritik zu sehen. Zu Recht gründeten alle großen internationalen Austausch- und Begegnungsprogramme der vergangenen Jahrzehnte auf diesen Überlegungen — die großen, auch staatlich geförderten Programme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und westlichen Partnerländern (vor allem mit den Vereinigten Staaten und Frankreich) und die vor allem von kirchlichen Kreisen und linksorientierten politischen Kräften geförderten Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ›sozialistischen‹ Ländern. Doch diese richtigen und progressiven Ideen der fünfziger und sechziger Jahre sind inzwischen leider zur Orthodoxie geworden. Zu einer Orthodoxie, die die Verallgemeinerung und Ausdehnung der Idee von internationalen Kontakten auf Länder der Dritten Welt noch immer zu einem Exotikum macht (wenn man einmal von Eliten-Kontakten und Getto-Tourismus absieht). Es gibt so gut wie keine Städtepartnerschaften zwischen Städten der Bundesrepublik Deutschland und solchen der Dritten Welt; die öffentliche Förderung des Jugendaustauschs allein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich sowie den USA ist rund fünfzigmal größer als die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der gesamten Dritten Welt. So wird ein ›traditionelles‹ Projekt wie das unseres Landesverbandes in gewisser Weise zu einem ›revolutionären‹ Unikum — so ungewöhnlich, daß die (verbale) Unterstützung des Berliner Senators für Schulwesen ganz vorsichtig und zurückhaltend ist, daß Berliner Schulleiter sich gelegentlich vergewissern müssen, ob Senegal nicht womöglich in Mittelamerika liegt oder wir ›Waffen für den Vietcong‹ sammeln . . .

Dies sind — verkürzt und überspitzt — einige der Probleme, denen wir uns gegen-

übersehen, wenn wir das Projekt der allgemeinen Öffentlichkeit und ihren politischen Repräsentanten vorstellen. Gleichzeitig ist damit eine Stoßrichtung unserer entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit charakterisiert. Wir bemühen uns, auf kommunalpolitischer Ebene die Idee und die praktische Möglichkeit von (Städte-)Partnerschaften oder zumindest von Freundschaftsbeziehungen mit Kommunen der Dritten Welt ins Gespräch zu bringen. Die Reaktionen auf derartige Vorschläge sind bisher Überraschung, freundliches Interesse und große Unsicherheit. Ob und wann dies zu konkreten kommunalpolitischen Maßnahmen führt, ist gegenwärtig völlig offen (und hängt natürlich nicht nur von uns ab). Kurz- und mittelfristig ist für uns aber schon die passive wohlwollende Unterstützung und Duldung kommunaler Stellen nützlich, um die zweite — und für absehbare Zeit wohl wichtigste — Stoßrichtung des Projekts auszubauen: die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit mit Lehrern und an Schulen.

Abstraktes und Konkretes

Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß man heutzutage auf einer abstrakten Schul- und Unterrichtsebene speziell bei den 30- bis 50jährigen Lehrern mit der Dritte-Welt-Problematik offene Türen einrennt. Nicht das Ob und Warum, sondern das Wie ist ein unterrichtspraktisches Problem (gegenüber den Schülern) und gelegentlich auch ein politisch-ideologischer Konfliktherd (gegenüber Teilen der Eltern, Kollegen und Vorgesetzten). Unser Projekt zielt daher darauf, zunächst einmal den teilnehmenden Lehrern ein motivierendes Praxiserlebnis zu vermitteln, ihre Vorkenntnisse über Unterentwicklung, über Sinn und Zweck von Entwicklungshilfe, über deren Widersprüche und Fehlschläge in Ausschnitten erlebbar zu machen, ihnen beispielhaft zu verdeutlichen, was die realen Entsprechungen ihrer abstrakten Statistiken und globalen Zusammenfassungen sind: 55 Grad Mittagstemperatur, zunehmende Ausbreitung der Wüste als Folge von Monokultur und raschem Bevölkerungswachstum, mangelhafte Versorgung mit (Trink-)Wasser schlechter Qualität, Wiederaufforstungsbemühungen und Alphabetisierungskampagnen, Probleme der Lebensmittelversorgung und Krankenstationenausstattung, die viel zu beschränkte UNICEF-Hilfe und das Zurückschrauben der UNDP-Programme, aber auch die Fragen der senegalesischen Dorfschüler nach den jüngsten Erfolgen in der bundesdeutschen Fußball-Bundesliga bilden für die Lehrer ein breites Kaleidoskop von Erlebnissen und Erfahrungen.

Ihre Übersetzung und Vermittlung in den Unterricht an der Grundschule, der Haupt- und Realschule, dem Gymnasium, für den Fremdsprachenunterricht, Geschichte oder Politische Weltkunde sind notwendigerweise sehr verschieden. Umsetzung in den Unterricht heißt also nicht unbedingt, neue druckreife Unterrichtsmaterialien zu entwickeln — eine Gruppe von Lehrern beteiligt sich gegenwärtig an der Umarbeitung englischsprachiger UNICEF-Materialien für die Grundschule, sondern kann sich durchaus darauf beschränken, mit den üblichen Hilfsmitteln plus eigenen Dias und persönlichen Erlebnissen Unterricht zu machen. Lehrer — und noch